

1) Starkregen-Saison beginnt – höchste Zeit für Wohngebäudeschutz

Lediglich etwa die Hälfte der Wohngebäude in Deutschland sind gegen Elementargefahren wie Starkregen und Überschwemmung versichert. Angesichts der erwarteten Zunahme solcher Extremwetterereignisse sollte diese Schutzlücke schnellstmöglich geschlossen werden – am besten noch vor der kommenden Starkregen-Saison, wie der Versicherer-Gesamtverband empfiehlt.



Erfahrungsgemäß tritt dieses Wetterphänomen im Juni und Juli am häufigsten auf. Aber auch schon im Mai steigt die Zahl deutlich an, wie Daten des Deutschen Wetterdienstes von 2001 bis 2021 zeigen. Konkret: Während es von Oktober bis März monatlich im Durchschnitt zu maximal drei Starkregenereignissen kam, waren es im April 13, im Mai 102, im Juni 226 und im Juli 230. Mit 158 solchen Ereignissen im August und 38 im September geht die statistische Durchschnittssaison zu Ende.

Da es gemeinhin einige Wochen dauert, bis neu abgeschlossener Versicherungsschutz greift, wird es also höchste Zeit für unversicherte Hausbesitzer, ihr in der Regel kostbares materielles Gut zu schützen.

2) Tagesgeldkonten häufig noch unverzinst

Man kommt kaum noch hinterher beim Zählen der Leitzinsanhebungen in der Eurozone. Gibt es demnach nun endlich wieder eine echte Verzinsung aufs Tagesgeld? Nicht unbedingt, wie die Auswertung einer großen Vergleichsplattform zeigt. Demnach verfallen die Banken bei der Weitergabe der Zinsen an ihre Kunden nicht in Hektik. Ganze 55 Prozent der 644 untersuchten Institute zahlten im Februar noch keine Zinsen auf Tagesgeld. Immerhin ist eine gewisse Dynamik erkennbar, denn vier Wochen zuvor waren es noch knapp 62 Prozent.

Vor allem die regionalen Sparkassen und Genossenschaftsbanken lassen sich Zeit. Bei Ersteren lag der Anteil der Institute, die keine Verzinsung gewährten, im Februar noch bei 62 Prozent, bei den Volks- und Raiffeisenbanken inklusive PSD- und Sparda-Banken bei 58 Prozent. Ein anderes Tempo zeigen dagegen die bundesweit agierenden Banken mit Tagesgeldangebot: Von ihnen vermeldeten im Februar nur 12 Prozent Nullzinsen.

Wird eine Verzinsung gewährt, reicht die allerdings meist kaum zum Vermögensaufbau – selbst ohne die Rekordinflation in Rechnung zu stellen. Viele Banken zahlen weniger als 0,1 Prozent auf Tagesgeld. Lediglich digitale Start-up-Banken, sogenannte FinTechs, offerieren 2 Prozent oder mehr.

3) Return of the Höchstrechnungszins?

Anfang 2022 wurde der Höchstrechnungszins („Garantiezins“) für Lebensversicherungen von 0,9 auf homöopathische 0,25 Prozent abgesenkt – mit entsprechenden Auswirkungen auf die Attraktivität klassischer Kapitallebensversicherungen. Zahlreiche Versicherer stellten das Neugeschäft mit dieser Produktgattung komplett ein, da die vorgeschriebene 100-Prozent-Bitragsgarantie in der damaligen Niedrigzinssituation kalkulatorisch kaum noch darstellbar war.



Im Zuge der Zinswende könnte das bei den Deutschen traditionell beliebte Vorsorgemodell nun ein Comeback erleben, denn unweigerlich steht die Frage nach einer Erhöhung des Höchstrechnungszinses im Raum. Klar ist indes: Die Mühlen der Versicherungsregulierung mahlen langsam, schon weil solche Zinsveränderungen traditionell am Jahresanfang erfolgen.

Das spiegelt auch eine aktuelle Umfrage der Ratingagentur Assekurata unter 23 relevanten Marktteilnehmern wider. Nur drei von ihnen rechnen mit einer Erhöhung schon 2024. Elf erwarten sie für 2025, fünf eher später. Vier

Versicherer bezweifeln gar, dass der Höchstrechnungszins überhaupt angehoben werden wird. Angesichts der Inflation erscheinen fondsgebundene Versicherungen, mit oder ohne Garantie, ohnehin als vielversprechender.

4) EU einigt sich auf Standard für grüne Anleihen

Nachhaltige Geldanlagen sollen europaweit gefördert werden, doch es mangelt noch an allgemein anerkannten Bewertungskriterien und an der nötigen Transparenz. In der Folge kommt es immer wieder zu „Greenwashing“, also zur Vermarktung von Finanzprodukten als nachhaltig, die diese Auszeichnung eindeutig nicht verdienen. Viele Investoren, vor allem private Kleinanleger, reagieren auf diese Gemengelage mit Zurückhaltung.

Das möchte die Europäische Union nun ändern: Parlament und Mitgliedsstaaten haben sich auf einen „Green Bond Standard“ verständigt. Die (freiwillig) teilnehmenden Anleiheemittenten müssen mindestens 85 Prozent ihrer Investitionen gemäß der EU-Taxonomie verwenden. In der Taxonomie-Verordnung ist festgelegt, welchen Kriterien Unternehmen und Assets genügen müssen, um als nachhaltig gelten zu können. Sie wird laufend ausgebaut und aktualisiert. Sofern Ministerrat und Parlament den „Goldstandard für grüne Anleihen“ noch in diesem Jahr ratifizieren, kann er im kommenden in Kraft treten.

5) Pflegekosten-Eigenanteile erneut kräftig gestiegen

Pflegende werden infolge der sogenannten Tarifneueregelung nun besser bezahlt, was allseits begrüßt wird. Die Kehrseite der Medaille sind allerdings beträchtliche Kostensteigerungen, die zusätzlich durch die Energiekrisen- und Inflationsbedingt höheren Betriebskosten getrieben werden.

In der Folge sind die durchschnittlichen Eigenanteile für stationäre Pflege laut AOK-Pflegenavigator regelrecht nach oben geschneit, der „Spiegel“ spricht von einem „Kostenschok für Pflegebedürftige“. Er trifft vor allem die ostdeutschen Bundesländer. So stiegen die Eigenanteile inklusive Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Ausbildung in Sachsen zwischen Oktober 2021 und Januar 2023 um 509 Euro pro Monat, in Hamburg

dagegen „nur“ um 162 Euro. Der Hauptgrund für die Unterschiede liegt darin, dass im Osten tendenziell höhere Gehaltsanhebungen nötig waren, um auf das nun geforderte Tarifniveau zu kommen.



Auch wenn der Kostensprung in den letzten eineinhalb Jahren besonders schmerzhaft ausfiel: Die Belastungskurve zeigt schon lange steil nach oben, gute Vollzeitpflege wird immer mehr zum Luxus. Private Pflegevorsorge etwa über eine Pflegekosten- oder Pflegetagegeldversicherung ist dringlicher denn je.

6) Nur jeder dritte 30- bis 59-Jährige sieht sich für Ruhestand gerüstet

Die „Generation Mitte“ verliert an Zuversicht für die eigene finanzielle Absicherung im Alter. 2018 gingen gemäß Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach noch 38 Prozent der 30-bis 59-jährigen Bundesbürger davon aus, im Ruhestand keine finanziellen Sorgen haben zu müssen. In diesem Jahr ist dieser Anteil auf 30 Prozent gesunken. Knapp 60 Prozent stellen sich darauf ein, den Lebensstandard im Alter deutlich herunterschrauben zu müssen, wenn sie nur die gesetzliche Rente zur Verfügung haben werden.



„Grundsätzlich ist sich die mittlere Generation darüber im Klaren, was der demografische Wandel für die sozialen Sicherungssysteme bedeutet“, kommentiert Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Versicherer-Gesamtverbands GDV, der die Umfrage in Auftrag gegeben hat. „Gleichzeitig ist der großen Mehrheit bewusst, dass die gesetzliche Rente in der Regel nicht ausreicht, um im Alter den eigenen Lebensstandard zu halten.“



Um mit privater Vorsorge auf einen auskömmlichen Ruhestand hinzuarbeiten, ist es indes nie zu früh oder zu spät. Der Finanzberater oder die Finanzberaterin des Vertrauens weiß Rat.

7) Höhere Tarifqualität bei Risikolebensversicherungen

Die auf Versicherungen spezialisierte Ratingagentur Franke und Bornberg analysiert regelmäßig die Qualität der Risikoleben-Tarife am deutschen Markt. Wie das aktuelle Produktrating zeigt, hat sich seit der Vorgängeruntersuchung von 2020 einiges getan: Erhielten damals lediglich 10 Tarife die Topnote „hervorragend“ (FFF+), so sind es in diesem Jahr 23 –obwohl die Gesamtzahl der inspizierten Tarife mit 120 deutlich unter der von 2020 (268) liegt. Nur jeweils vier Tarife müssen sich mit dem Ergebnis „mangelhaft“ (F) oder „ausreichend“ (F+) begnügen, 13 gelten als „befrie-

digend“ (FF), alle anderen als „gut“ (FF+) oder besser.



Eine Risikolebensversicherung leistet eine vertraglich vereinbarte Kapitalzahlung, wenn die versicherte Person stirbt. Sie zählt daher zu den Standardpolicen in allen Haushalten, in denen jemand wirtschaftliche Verantwortung für andere trägt, insbesondere wenn fortlaufende Kreditverpflichtungen etwa aus einer Immobilienfinanzierung bestehen. Rund acht Millionen Risikoleben Policen liegen in deutschen Schubladen.

Für Rückfragen zu den genannten Themenbereichen stehe ich Ihnen selbstverständlich gern zur Verfügung und freue mich über Ihren Rückruf. *Wenn Sie die Informationen zukünftig nicht mehr erhalten möchten, so geben Sie mir einfach einen Hinweis unter Kontakt.*

Ihr

Dierk-O. Voß

Haftungsausschluss:

Alle Angaben in dieser Publikation basieren auf Quellen, die wir für verlässlich halten. Trotzdem können wir keine Garantie für Vollständigkeit, Genauigkeit und Richtigkeit übernehmen.

Impressum / Kontakt / Datenschutz

Fotos: Pixabay

Ansprechpartner:

Dierk-Otto Voß

Kieler Str. 13
24631 Langwedel

Fon: 04826 – 375 93 24

Fax.: 04826 – 375 93 25

Email: info@vcc-makler.de

Home: www.vcc-makler.de

Register-Nr. D-HRYH-HLVUA-85

